

Calmer Calwblatt

Nr. 95 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 M., monatlich. Postbezugspreis 3000 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 120 M. Mittwoch, den 25. April 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 M., monatlich. Postbezugspreis 3000 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 120 M. Schlus der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Da wohl begründeter Verdacht besteht, daß die Unruhen der Arbeitslosen und Notstandsarbeiter im besetzten Gebiet auf Verhetzung zurückzuführen sind, hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, wonach Personen, von denen eine Unterstützung der Einbruchsmächte zu befürchten ist, der Eintritt ins besetzte Gebiet verboten werden kann.

Die Ausschreitungen links- und rechtsradikaler „Selbstschuß“-Organisationen anlässlich von Versammlungen haben auch die württembergische Regierung veranlaßt, schärfere Maßnahmen gegen solche Vorkommnisse zu ergreifen. Im bayerischen Landtag wurde ein sozialistischer Antrag zur Auflösung aller Sturmtrupps und zur Sicherung der Versammlungsfreiheit eingebracht. Auch im Reichstag stand gestern ein von den Mittelparteien eingebrachter Gesetzentwurf zur Beratung, wonach derjenige, der nichtverbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Drohung verhindert oder sprengt, mit Gefängnis bestraft wird. Die Sozialdemokraten, die in dem Gesetz eine Schutzmaßnahme für die Rechtsradikalen in Bayern erblickten, da sich nach ihrer Ansicht diese Maßnahmen dort angesichts der Ohnmacht der Regierung gegenüber den Nationalsozialisten, ausschließlich gegen die Arbeiter richten würden, haben die Abstimmung über das Gesetz gestern verhindert.

Es scheint, daß die Reichsregierung tatsächlich sich mit dem Plan eines neuen Reparationsangebots an die Entente trägt. Von englischer Seite wurde dieser Gedanke halbamtlich nochmals betont, jedoch bemerkt, daß es sich nicht um eine Vermittlungsgangaktion handle, die von der französischen öffentlichen Meinung auf die Rede Curzons hin mit aller Energie abgelehnt wird.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern.

Verordnung des Reichspräsidenten zur Verhinderung des Eintritts ruhestörender Elemente ins besetzte Gebiet.

Berlin, 24. April. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 17. April hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das deutsche Reichsgebiet folgendes verordnet: § 1. Personen, von denen eine Unterstützung der an dem widerrechtlichen Einbruch in deutsches Reichsgebiet beteiligten Mächte zu befürchten ist, können zur Verhinderung ihres Eintritts in das besetzte Gebiet und Einbruchesgebiet in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt werden. Der Artikel 114 der Reichsverfassung wird insoweit vorübergehend außer Kraft gesetzt. § 2. Der Reichsminister des Innern ernennt einen Regierungskommissar, der ermächtigt ist, die zur Durchführung des § 1 erforderlichen Anordnungen zu treffen. Der Regierungskommissar untersteht der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern, hat seinen Weisungen Folge zu leisten und ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern seinerseits Unterbevollmächtigte zu bestellen. Wer den von dem Regierungskommissar oder seinen Bevollmächtigten erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt oder wer vorsätzlich dem Gesuchen des Regierungskommissars oder seiner Bevollmächtigten nicht nachkommt, wird, sofern nicht die bestehenden Gerichte höhere Strafen bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu zwei Millionen Mark bestraft. § 3. Alle Zivilbehörden haben den zur Durchführung der nach § 1 erforderlichen Maßnahmen an sie gerichteten Eruchen Folge zu leisten. § 4. Auf die Beschränkungen der persönlichen Freiheit findet das Gesetz betreffend Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung während des Kriegszustandes und Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 1829) mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß anstelle des Reichsmilitärgerichts der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik tritt. Der Staatsgerichtshof entscheidet in der im § 12, Abs. 2, Satz 4 des Gesetzes vom 21. Juli 1922 (RGW. S. 587) bestimmten Besetzung. Auf das Verfahren finden übrigens die Bestimmungen der Ziffern 2, 3 und 5 der Verordnung über die Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Verwaltungssachen vom 11. August 1922 (RGW. S. 675) Anwendung. § 5. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Der bayerische Landtag und die nationalsozialistische Bewegung.

München, 25. April. Der bayerische Landtag beschäftigte sich gestern nachmittag mit dem sozialdemokratischen Antrag betreffend Auflösung aller Sturmabteilungen und Stoßtrupps und Sicherstellung der Versammlungsfreiheit. Abgeordneter Sänge (Soz.) erklärte, wenn es mit den Stoßtrupps so weitergehe, komme man zwangsläufig zum Bürgerkrieg. Seine Partei habe die Regierung rechtzeitig gewarnt. Die vaterländischen Verbände hätten tatsächlich die Macht im Staat in der Hand, die Arbeiter würden aber dafür sorgen, daß auch Bayern weiter den Weg Gesamtdeutschlands gehe. Der demokratische Abgeordnete Dr. Müller betonte, daß seine Partei den Gedanken des Selbstschusses an sich nicht ablehne, doch müsse sich dieser der Staatsautorität unterordnen. Die Haltung der Regierung gegenüber den Nationalsozialisten komme einer Bankrotterklärung gleich. Der bauernbündlerische Abgeordnete Engelsberger meinte, die nationalsozialistische Bewegung habe das Land des Bürgerkrieges gebracht. Abg. Scheffer (Bayer. Volkspartei) erklärte, die nationalsozialistischen Methoden müßten letzten Endes zur Revolution führen. — Heute Mittwoch wird die Regierung eine Erklärung zu den Anträgen abgeben.

Außerordentliche Maßnahmen der württ. Regierung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In der heutigen Ausgabe des „Staatsanzeigers“ wird eine auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs erlassene Verordnung des Staatsministeriums betreffend außerordentliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bekanntgegeben. Die Erlassung der Verordnung ist darauf zurückzuführen, daß in neuerer Zeit auch in Württemberg Bestrebungen immer mehr zugenommen haben, die darauf ausgehen, einerseits unter Mißbrauch, andererseits unter Bedrohung der in Württemberg aufrecht erhaltenen Vereins- und Versammlungsfreiheit mit Maßnahmen terroristischer Art vorzugehen. Solches Vorgehen föhrt und gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufs schwerste und die Staatsregierung, die es nicht dulden kann, daß unverantwortliche Kräfte in ihren Machtbereich eingreifen, hat sich daher veranlaßt gesehen, den übelsten Auswüchsen mit besonderen Strafbestimmungen entgegenzutreten. Wer künftig bewaffnet Versammlungen besucht, wer nichtverbotene Versammlungen durch Gewalt oder Drohung verhindert und sprengt, wer insbesondere unbefugterweise Sturmtrupps und dergleichen bildet, an ihnen teilnimmt oder zu ihrer Bildung auffordert, hat in allen Fällen Gefängnisstrafen nicht unter einer Woche, neben der noch auf eine Geldstrafe erkannt werden kann, zu gewärtigen. Die bestehenden Verbände der genannten Art sind aufgelöst worden. Die Regierung wird dafür sorgen, daß die Verordnung unnachlässig gegen jeden angewendet wird, der gegen die getroffenen Bestimmungen verstößt.

Das Reparationsproblem.

In den nächsten Tagen soll es sich entscheiden, ob die deutsche Regierung es für zweckmäßig hält, auf die Aufforderung des englischen Außenministers hin ein neues Reparationsangebot an die Entente zu machen. In diesem Sinne haben wir wohl die halbamtliche Erklärung aus Berlin aufzufassen, daß die Reichsregierung „die Rede Lord Curzons als eine wichtige politische Tatsache betrachte, die die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflussen könnte, weshalb sie in Erwägungen darüber eingetreten sei, welche Folgerungen sich daraus ergeben.“ Und der Besuch des deutschen Botschafters in London im Foreign Office läßt darauf schließen, daß man von der englischen Regierung gegebenenfalls weitere Informationen erhofft, die die Möglichkeit der Schaffung einer Verhandlungsgrundlage in sich tragen. Bekanntlich hat Lord Curzon in seiner Erklärung im Oberhaus gesagt, er glaube, daß ein Fortschritt in Bezug auf die Reparationsfrage erzielt werden könne, „wenn Deutschland irgend ein Anerbieten seiner Bereitschaftsgegnung zu zahlen macht.“ Das ist nun eine sehr vage Aufmunterung, die in ihrer praktischen Auswirkung zunächst einmal das Ergebnis befürchten läßt, daß wir trotz weitgehenden Angebots die Ansprüche der Alliierten wahrscheinlich wiederum nicht werden befriedigen können, daß also die englische „Vermittlungs“-Aktion — was sie wohl auch beabsichtigt — genau wie vorher die wohlwollende „Neutralität“ auf eine erneute Herausforderung der Ententeforderungen hinausläuft. Wenn die Franzosen sich formell zu einer Herabsetzung der Reparationssumme von 132 auf 50 Milliarden bereit erklärt haben, so geschah das nur unter dem Vor-

behalt, daß der Anteil Frankreichs in Höhe von 26 Milliarden nicht geschmälert wird. Nun hat aber auch Lord Curzon erklärt, daß England seine Reparationsansprüche nicht aufgeben werde, und wie erinnerlich beanspruchen auch die Amerikaner die Bezahlung der ungeheuerlichen Besatzungskosten, die man voraussichtlich ebenfalls Deutschland in voller Höhe aufhalsen will. Schon daraus ist ersichtlich, daß es für Deutschland schwierig sein wird, einen Plan aufzustellen, der für sämtliche Alliierten als Verhandlungsgrundlage betrachtet werden könnte.

Aber die rein wirtschaftlichen und kommerziellen Momente der Reparationsfrage werden bei den künftigen Verhandlungen vielleicht nicht einmal mehr die Hauptpunkte bilden, da, wie schon mehrfach betont, die Frage der sog. „Sicherungen“ von Frankreich in den Vordergrund gehoben wurde. Mit welchem Recht Frankreich diese neuen Forderungen stellt, das ist anscheinend für die Entente nebensächlich; Tatsache ist, daß die von den Franzosen anscheinend gewünschte Errichtung einer westrheinischen Republik sowie vorwiegend der französischen Industrie im Saar- und Ruhrgebiet einem vollständig neuen, durch keinerlei Rechtstitel zu begründenden Gewaltplan entspringt, der in seinen letzten Konsequenzen nicht mehr und nicht weniger verfolgt als das Ziel der wirtschaftlichen und schließlich politischen Abtrennung dieser Gebiete von Deutschland. Nun hat der englische Außenminister, nachdem die gesamte englische Presse und die Parlamentarier französische „Sicherungs“-Forderungen als begreiflich bezeichnet haben, erklärt, daß England Willens sei, in Zukunft Pläne oder Vorschläge zu erörtern. Er hat allerdings hinzugefügt, daß diese Sicherungen nicht auf Kosten einer Zerstückelung Deutschlands durchgeführt werden könnten, und wenn Garantien gegeben würden, so sollten sie gegenseitig sein. Man wird nun gespannt sein dürfen, wie die englische Regierung sich die Gegenseitigkeit der Sicherungen vorstellt. Anscheinend steht man in London dem Projekt der „Neutralisierung“ des Rheinlandes unter dem „Schutz“ des Völkerebunds nicht unsympathisch gegenüber. Was aber Deutschland von einer solchen Regelung zu erwarten hat, das sehen wir an der Vergewaltigung der Saargebietbevölkerung durch die vollständig in französischer Gewalt befindliche Regierungskommission des Völkerebunds, das sehen wir an dem Schicksal Oesterreichs, Danzigs usw. Bevor die Franzosen den Einbruch ins Ruhrgebiet verübten, hatte die deutsche Regierung neben Reparationsvorschlägen auch einen Sicherungsvorschlag gemacht, der dahin ging, daß Deutschland und die Entente über die durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen im Westen einen Pakt schließen sollten, wonach keiner der beteiligten Staaten innerhalb 10 Jahren den andern angreifen dürfe; und dieser Pakt sollte zudem von Amerika garantiert werden. Die Franzosen haben den Vorschlag damals abgelehnt. Er ist nun von den deutschen Sozialdemokraten wieder zur Erörterung gestellt worden, nur mit dem Unterschied, daß sich nach deren Ansicht die deutsche Regierung auf 99 Jahre verpflichten soll, keinen Krieg an irgend eine Macht zu erklären. Die Hauptfrage wird aber doch die sein, zu was sich die andern verpflichten, wenn Deutschland unter Garantie seiner Wirtschaftskreise höchstmögliche Reparationsleistungen verspricht, und — als völlig entwaffneter Staat — auch noch militärisch-politische Sicherungen für das arme bedrohte Frankreich. Wir brauchen dann völlige wirtschaftliche und politische Freiheit, um die uns auferlegten Zahlungen leisten zu können. Daß wir Sicherungen solcher Art erhalten, das wird das Bestreben unserer Staatsmänner sein müssen. Ob unter diesen Gesichtspunkten ein für Deutschland auch nur erträgliches Ergebnis in Aussicht genommen werden darf, wird wohl schon die nächste Zeit zeigen müssen, wenn, wie nach den seitherigen Andeutungen zu erwarten ist, ein neues positives deutsches Angebot an die Entente erfolgt, und die Presse und Staatsmänner der Alliierten Gelegenheit genommen haben, sich darüber auszusprechen. O. S.

Die Reichsregierung und die Rede des englischen Außenministers.

Berlin, 24. April. Wie die Blätter mitteilen, wird die Reichsregierung die Besprechungen über die Lage, die durch die Curzon'sche Rede geschaffen worden ist, fortgesetzt. Die Reichsregierung betrachtet, wie die Blätter schreiben, die Erklärungen des englischen Außenministers nicht als ein Vermittlungsangebot, beabsichtigt auch nicht, an eine einzelne Macht, sei es England, sei es eine andere alliierte Macht, heranzutreten. — Laut „Berliner Tageblatt“ empfing der Reichsminister heute Vormittag Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie und besprach mit ihnen die Frage der Garantierung eines deutschen Reparationsangebots durch die Industrie. Das Präsidium des

infreie Sorten
Bots
Bots
wohl
Bahnhof
Calw.
ungung
lenststelle
erfolgt
sein.
str. 397

änse
end zu verkaufen
m, Hirsau,
thäusle).

ETEN
swahl auf Lager
WIDMAIER
hofstraße.

ebiet.

qualen
Wir,
Los zu

unter-
solange
werden,
Kinder
s 5000
t Kinder
e Hilfs-
genossen,

heimat!

tiefel.
ringung
gendamt

Reichsverbands der deutschen Industrie hält morgen eine Sitzung ab. Die politischen Parteien werden sich heute in Fraktionsstimmungen mit der Lage beschäftigen. Wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages sollen dann die Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteien stattfinden.

England in Erwartung des neuen deutschen Reparationsangebots.

London, 24. April. Auch die gestrige Abendpresse steht im Zeichen der Erwartung des deutschen Reparationsangebots. Zu den Meldungen der Berliner Blätter, die deutsche Regierung beabsichtige ein solches Angebot an die Unterzeichner des Versailler Vertrags zu richten, wird von unterrichteter englischer Seite erklärt, ein derartiger Schritt der deutschen Regierung werde durchaus *fa i r* sein.

Das übliche Frage- und Antwortspiel im englischen Unterhaus.

London, 24. April. Im Unterhaus fragte Wedgwood Benn den Premierminister, ob er die Dominions über die französische Besetzung des Ruhrgebiets zu Rate gezogen habe. Schatzkanzler Baldwin erwiderte, er habe in seiner Unterhausrede vom 28. März ausgedrückt, daß die britische Regierung in enger Fühlung mit den Regierungen der Dominions in dieser Angelegenheit sei und zu bleiben beabsichtige. Wedgwood Benn fragte weiter, ob von der französisch-belgischen Kommission ein neuer Plan für die deutschen Reparationen vorbereitet werde. Unterstaatssekretär Mac Neill erwiderte, er wisse darüber nur, was er in den Zeitungen gelesen habe. An den Beratungen dieser Kommission nehme kein britischer Vertreter teil. Die britische Regierung werde keiner Entscheidung zustimmen, zu der man in der Frage der Reparationen ohne ihre Teilnahme gekommen sei.

Wie sich Loucheur die Lösung der Reparationsfrage denkt.

Paris, 25. April. Im Anschluß an die letzte Rede Loucheurs am Samstag in der Vereinigung französischer Kaufleute und Industrieller ist es zu einer Kontroverse über die Zahlungsmodalitäten für die Reparationen gekommen. Loucheur richtet in diesem Zusammenhang einen Brief an die „Journée Industrielle“, in dem er u. a. sagt, er habe niemals gesagt, daß Deutschland Anleihen aufnehmen müsse, um seine Produktion zu entwickeln. Seine Auffassung sei folgende: 1. Nachdem Deutschland zu seiner finanziellen Sanierung geschritten sei, was es binnen kurzer Zeit tun könne, werde es sozusagen seine innere Schuld mehr haben. Auf demselben Weg der Steuererhebung werde es mit Leichtigkeit einen Budgetüberschuß von mindestens 5 bis 6 Milliarden Goldmark haben, die für die Reparationen zu verwenden wären. 2. Da Deutschland kein Gold produziere, müsse es sich dieses Gold oder dessen Äquivalenz durch die Uebertragung von Waren nicht nur nach den alliierten Ländern, sondern nach allen Ländern der Welt verschaffen. Deutschland müsse — kurz gesagt — einen Ueberfluß der Ausfuhr über die Einfuhr erzielen, dessen Wert Frankreich gutgeschrieben werde. 3. In den ersten Jahren werde das offenbar nur in geringem Maße möglich sein. Daher müsse Deutschland auf dem internationalen Markt Geld aufnehmen und zu gleicher Zeit von seinen Staatsangehörigen die Ablieferung der in ihrem Besitz befindlichen Devisen fordern. Diese Anleihen hätten in keiner Weise den Zweck, Deutschland zu ermöglichen, seine Produktion zu erhöhen, sondern ihr Ertrag solle an die Alliierten abgeführt werden. 4. Um im Innern Deutschland wieder herzustellen, um seine Produktion zu erhöhen, bedürfe Deutschland keiner auswärtigen Anleihe. Der Ueberfluß seiner Budgeteinnahmen über seine außerordentlichen Ausgaben könne ihm mit Leichtigkeit gestatten, sämtlicher im Innern erforderlichen Zahlungen gerecht zu werden. Gleichzeitig müsse Deutschland, um in jedem Jahre die Zinsen und die Tilgungsraten der auswärtigen Anleihen zu bezahlen, einen Ueberfluß in seiner Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland schaffen. Dazu werde es zu gleicher Zeit seine unnötige Einfuhr beseitigen und seine Ausfuhr nach der gesamten Welt erhöhen müssen. Was es in diesem Sinne tun könne, werde gleichzeitig von seiner Zahlungsbilanz abhängen, wo beiden Bedürfnissen des Handels der Alliierten Rechnung zu tragen wäre. (1) Loucheur schließt, indem er unterstreicht, daß er den größten Wert auf wirtschaftliche Abmachungen lege, die nach dem Maßstab des Möglichen, nicht nur des wirtschaftlichen Status Frankreichs und Deutschlands, sondern ganz Europas sich zu regeln hätten.

Die französische Gewaltpolitik.

Die englische Regierung mit der Ausweisung des deutschen Reichskommissars für die besetzten Gebiete einverstanden!

London, 24. April. Auf die Anfrage von Pomsonbi im Unterhaus an den Premierminister, ob der britische Oberkommissar und die britische Regierung zu Rate gezogen worden seien, bevor der deutsche Reichskommissar für die besetzten Gebiete ausgewiesen wurde, wenn ja, ob irgend ein Protest erhoben worden sei, erwiderte Mac Neill, der Reichskommissar sei kraft seiner Entscheidung der alliierten Oberkommission von der Beendigung seiner Funktion in Kenntnis gesetzt und ersucht worden, das britische Gebiet zu verlassen.

Die Anpreisung des französischen Volkes zur Billigung der Gewaltpolitik Poincaré's.

Paris, 24. April. Im Generalrat des Departements Gers-du-Nord begrüßte der Vorsitzende den Minister Trocuer und beglückwünschte die Regierung zu ihrer Aktion im Ruhrgebiet. Minister Trocuer legte in einer längeren Rede den schlechten Willen Deutschlands dar. Die Entwertung der Mark habe den deutschen Großindustriellen Gelegenheit gegeben, zu niedrigen Preisen zu produzieren und die wirtschaftliche Genugtuung zurückzuerobern. Durch große Kanalisationsarbeiten (1) usw. habe Deutschland seinen Bankrott herbeigeführt und behaupte jetzt, seine Schulden weder in Gold, noch in Waren

bezahlen zu können. Das Land habe grundsätzlich immer ja gesagt. Als man verlangt habe, es möge ein Delegierter bestimmt werden, um über die Ausführungsbestimmungen zu beraten, habe Deutschland mit Ausflüchten geantwortet. Als der Minister noch den deutschen Widerstand und die Sabotageakte besprochen hatte, schloß er mit den Worten: Die Partie ist gewonnen!

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Essen, 25. April. Gestern nachmittag erschienen drei französische Kriminalbeamte im Verlagsgebäude der „Eisener Volkszeitung“, um die für den Verlag und die Redaktion verantwortlichen Beamten zur Vernehmung vorzuführen. In Abwesenheit des Verlegers Koenen wurde der Verlagsbeamte Paulus und der Chefredakteur Hanlemmer zum Handelsloshof gebracht. Bis gestern abend waren sie noch nicht zurückgekehrt.

Neue Unruhen.

Berlin, 24. April. Wie die Blätter aus Düsseldorf melden, fanden auch dort Demonstrationen der Notstandsarbeiter statt, die sich zu Straßenrevolten hatten aufheben lassen. Die Demonstranten entzogen sich nach den Kravallen, die dank des tatkräftigen Eingreifens der Schutzpolizei rasch unterdrückt wurden, der Festnahme dadurch, daß sie in eine Autogarage der Franzosen flüchteten, wo die Schutzpolizei an der Weiterverfolgung der Flüchtlinge verhindert wurde. Die Demonstrationen standen also unter dem Schutz der Franzosen. — In der vergangenen Nacht verjagte eine größere Bande in ein Polizeirevier in Katernberg einzubringen. Durch den Lärm waren Nachbarn hinzugekommen und es entwickelte sich ein Gefecht, in dessen Verlauf ein Mitglied der Bande getötet und eines schwer verletzt wurde. Es gelang, mehrere Räubersführer festzunehmen. Die Bande hatte es bei ihrem Ueberfall auf Waffen abgesehen, die sie in dem Polizeirevier vermutete.

Katernberg, 25. April. Am Montag Abend verammelten sich in Katernberg etwa 80 Arbeitslose und Notstandsarbeiter. Sie zogen vor das Polizeiamt und verschafften sich dort Eingang. Zunächst durchsuchten sie das Gebäude nach Waffen, fanden aber nichts vor. Dann drangen sie in die Wohnung des Polizeikommissars Schröder, der selbst nicht anwesend war. Inzwischen war durch Sirenengeheul die Feuerwehr alarmiert worden. Bei ihrer Ankunft kam es zu einem Zusammenstoß, wobei der Sohn des Inhabers des Warenhauses Kemper erschossen wurde. Kemper selbst wurde dabei so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Von den fliehenden Demonstranten wurden vier in Stoppenburg verhaftet und nach Essen gebracht. In Essen wurde im Laufe des Tages eine Abordnung von Arbeitslosen vorstellt, die die sofortige Freilassung der Verhafteten verlangte. Die Abordnung wurde aber mit ihrer Forderung abgewiesen. Bei dem Zusammenstoß hatten auch die Demonstranten Verluste. Zwei von ihnen wurden schwer, 2 leichter verletzt. Von den Schwerverletzten ist inzwischen einer gestorben.

Das englische Geschäft durch den Ruhrbruch.

London, 25. April. Die Kohlenausfuhr im März 1923 betrug 7 180 102 Tonnen im Werte von 8 815 851 Pfund Sterling gegen 5 201 235 Tonnen im Werte von 5 785 500 Pfund Sterling im März 1922. Von dieser Kohlenmenge wurden 1 836 399 Tonnen im Werte von 2 539 835 Pfund Sterling nach Deutschland ausgeführt, gegen 477 718 Tonnen im Werte von 442 252 Pfund Sterling im März 1922.

Aushalten im Widerstand a. d. Ruhr!
Aushalten aber auch im unbefesteten Deutschland.
Deshalb: Weitergeben zum Deutschen Volksoffer!

Sammelstellen in Calw: Calwer Tagblatt, Lederstraße; Kaufmann Dreiß und Kaufmann Rüdiger, Marktplatz; Kaufmann Serva, Lederstraße; Oberamtspflege Calw; sowie Kassenstelle der Vereinigten Deckfabriken.

Zur auswärtigen Lage.

Ungarisch-tschechische Zwischenfälle.

Wien, 25. April. Wie die Blätter von unterrichteter tschechoslowakischer Seite erfahren, wurden gestern aus Anlaß der Zwischenfälle an der ungarischen Grenze 60 ungarischen Staatsbürgern, darunter mehreren Magnaten, Ausweisungsverfügungen zugestellt.

Der Wiederbeginn der Konferenz in Lausanne.

Lausanne, 24. April. Heute begannen das erste und das zweite Komitee der Friedenskonferenz, d. h. die Ausschüsse für politische und finanzielle Fragen, ihre Arbeiten. Das politische Komitee hatte den englischen Delegierten Rumolt zum Präsidenten. Es wurden im Einzelnen die territorialen Bestimmungen des Vertragsentwurfs der ersten Konferenz nachgeprüft, wobei die Türken forderten, daß zugleich nach Unterzeichnung des Friedensvertrags Konstantinopel und die anderen besetzten Ortschaften geräumt werden und daß man bei der Festlegung der thrakischen Grenze nicht den Ausdruck „linkes Marikauer“, sondern die Wendung „der Talweg der Mariza“ anwenden möge. Beide Fragen wurden auf eine andere Sitzung verschoben. Bei der Beratung des Artikels 3 über die syrischen Grenzorte stimmten die Alliierten den türkischen Vorschlägen nach einiger Debatte zu. Ein endgültiger Beschluß wurde jedoch

nicht gefaßt. Bei der Beratung über die Traktfrage forderten die Engländer, daß bis zu einer Lösung gegebenenfalls durch einen Schiedspruch des Völkerbunds der Status quo bestehen bleiben soll. Zu neuen lebhaften Auseinandersetzungen führte die Debatte über die Befugnisse der Grenzfestsetzungskommission. Bei Art. 12 erreichten die Türken, daß mit den Inseln Imbros und Tenedos noch verschiedene Inseln abgetreten werden.

Der Finanzausschuß, in dem der französische Delegierte General Pellet den Vorsitz führte, ging zunächst die Artikel 17—19 des Vertrages durch, in denen die Türken auf die Staatshoheit über Ägypten, den Sudan und über Cypern verzichtet wolle, wogegen sie die Befreiung von allen finanziellen Lasten fordern, die ihnen aus der Ausgabe der von diesen früheren Provinzen garantierten Anleihen erwachsen. Die Debatte über die Artikel 45—52 führte zur Ernennung eines Finanzfachverständigenausschusses, der morgen seine Arbeiten beginnen wird. — Die Meinungen in Konferenzkreisen über die Aussichten der Konferenz sind sehr geteilt. Man sagt langwierige und von Seiten der Türken zähe Einzelverhandlungen voraus und rechnet im allgemeinen in Konferenzkreisen mit einer Konferenzdauer von mindestens einem Monat oder 6 Wochen.

Rußland und die Orientkonferenz.

Lausanne, 25. April. Die russische Regierung hat bis heute keinen offiziellen Delegierten zur Lausanner Konferenz entsandt. Dagegen wird ein Mitarbeiter der früheren russischen Abordnung den Stand der Verhandlungen verfolgen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß Rußland nicht lange desinteressiert bleiben und vor Beendigung der Verhandlungen eine offizielle Delegation hierher entsenden wird, um endgültig bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags den Standpunkt der russischen Regierung bekanntzugeben. Man hört die Vermutung äußern, daß erst dann die wirkliche Entscheidung über die Stellung Rußlands zum Meerengenabkommen fallen wird.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Paris, 24. April. Nach einer Havasmeldung aus Washington werden Mexiko und die Vereinigten Staaten je 2 Vertreter ernennen, die demnächst in Mexiko über die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern unterhandeln sollen mit dem Ziel, die Anerkennung der Regierung des Generals Obregon zu ermöglichen. Das Staatsdepartement hat zu verstehen gegeben, daß diese Konferenz nicht als Vorbote der Anerkennung oder als Anzeichen einer Aenderung der amerikanischen Politik gegenüber Mexiko betrachtet werden dürfe.

Finanzielle Schwierigkeiten Chinas.

London, 25. April. Reuter meldet aus Peking, die finanziellen Schwierigkeiten der chinesischen Regierung seien größer denn je. Die Bemühungen, von einem Konjunktum einen Vorschuß von 12 Millionen Dollar zu erhalten, seien fehlergefallen. Weiter heißt es, China sei nicht im Stande, die jetzt fällige japanische Anleihe zu bezahlen. Infolgedessen seien die Japaner berechtigt, die Kontrolle über die Telefon- und Telegraphenlinien zu übernehmen, für die die Anleihe gewährt worden war. Es verlaute, daß sie nicht beabsichtigen, dieses Recht augenblicklich auszuüben. — Gewisse Mächte würden es natürlich gerne sehen, wenn Reibungen zwischen China und Japan entstanden.

Deutschland.

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Lohn- und Preispolitik.

Berlin, 24. April. Die Vertreter der Spitzengewerkschaften hatten, nach Mitteilung der „Vossischen Zeitung“, heute nachmittag eine Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister über die Frage der Lohn- und Preispolitik im Zusammenhang mit der letzten Veränderung der Wechselkurse. Es soll ein Empfang beim Reichskanzler in Aussicht genommen sein, zu dem auch Reichsfinanzminister Hermes hinzugezogen werden soll.

Erhöhung auch des Zinsfußes der Darlehenskassen.

Berlin, 23. April. Der Zinsfuß der Darlehenskassen beträgt von heute ab bis auf weiteres, ausgenommen für Vorrugsdarlehen, für Darlehen gegen Verpfändung festverzinslicher Papiere, einschließlich der unverzinslichen Schatzanweisungen 19 Prozent und für Darlehen gegen Verpfändung von Aktien und dergl. sowie von Waren 20 Prozent.

Der Reichshaushalt zur Ausführung des Friedensvertrags.

Berlin, 24. April. Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags für 1923 hat infolge der fortgesetzten Geldentwertung völlig neu aufgestellt werden müssen. Zugrunde gelegt ist darin der Berechnung derjenigen Ansätze, die in fremder Währung zu zahlen sind, ein Umrechnungsfuß nach einem Dollarstande von 1 : 20 000. Der Haushalt hatte bisher im Ordinarium mit einem Ausgabebedarf von 84,5 Milliarden abgeschlossen. Hier steigen die Ausgaben auf 1,4 Billionen. Im Extraordinarium steigen die Ausgaben von 121,9 Milliarden des bisherigen Anschlags auf 808,7 Milliarden. Der Gesamtzuschuß erhöht sich demgemäß von 206,4 Milliarden auf 2,2 Billionen, wovon 99,6 Milliarden aus der Zwangsanleihe gedeckt werden sollen, und 2,1 Milliarden den Anleihebedarf des ordentlichen Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung belasten. Enthalten sind in dem Etat 63,2 Milliarden für Reparations-Vielzahlungen und 500 Milliarden für Reparationszahlungen. Der Ausgleichsfonds wird von 60 auf 113,4 Milliarden erhöht. Für die Interalliierte Rheinlandkommission werden 38 Milliarden für den Unterhalt der Besatzungstruppen und die damit zusammenhängenden Leistungen 228,3 Milliarden eingestellt. Der Anschlag für Bauten für die Besatzungstruppen wurde von 10,3 auf 308,4 Milliarden erhöht. Der Ausgabeetat für die Flüchtlingsfürsorge ist von 5,5 auf 47,2 Milliarden erhöht worden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 25. April 1923.

Zur Abgabe der Steuererklärung.

Eine neueste Weisung des Reichsministers der Finanzen bestätigt, daß eine allgemeine Verlängerung der am 30. April endigenden Frist zur Abgabe der Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer und zur Zwangsanleihe ausgeschlossen ist. Die Steuerpflichtigen, denen aus irgend einem Grund die Einhaltung dieser Frist nicht möglich sein sollte, werden also gut tun, ihr steuerpflichtiges Einkommen und Vermögen bis dahin wenigstens schätzungsweise festzustellen und die gesetzlich verlangten Auszahlungen auf die Zwangsanleihe (zwei Drittel) und die Zahlung der Einkommensteuer für 1922 bis Ende April zu leisten. Die Einkommensteuer kann an Hand des jedem Steuererklärungsvordruck beigegebenen Tarifs leicht berechnet werden. Wer die Vorauszahlung nicht rechtzeitig leistet, hat bekanntlich nach dem Geldwertungsgesetz für jeden angefallenen Monat der Folgezeit einen Zuschlag von 15 Prozent des Rückstandes, nach 3 Monaten einen solchen von je 30 Prozent zu zahlen.

Geldwertung und Umsatzsteuer.

Das Gesetz vom 20. März 1923 betreffend die steuerliche Berücksichtigung der Geldwertung hat auch auf dem Gebiet der Umsatzsteuer verschiedene Änderungen gebracht. Die wichtigsten, die insbesondere auch für den Landwirt von Bedeutung sind, seien hier kurz erwähnt: 1. Bei Abgabe der Jahresumsatzsteuererklärung ist gleichzeitig der Unterschied zwischen der aus dieser Steuererklärung sich berechnenden Steuer und der Summe der auf diese Steuer entrichteten Vorauszahlungen beim Finanzamt einzuzahlen. Für die Umsätze des Kalenderjahres 1922 hat diese Nachzahlung spätestens bis 15. April 1923 — in den kommenden Jahren je bis 31. Januar — zu geschehen. 2. Wer mit einer Steuerzahlung im Verzug bleibt, hat für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefallenen Kalendermonat einen Zuschlag von 15 v. H. des Rückstandes und falls die Zahlung länger als 3 Monate im Rückstand bleibt, 30 v. H. des Rückstandes zu zahlen. Beträgt der rückständige Betrag nicht mehr als 10 000 M., so ist er statt des Zuschlags mit 5 v. H. zu verzinsen. 3. Dieser Zuschlag — Ziff. 2 — wird insbesondere auch bei verspäteter Entrichtung der vorgeschriebenen vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer auferlegt. Diese Vorauszahlungen sind zugleich mit den Voranmeldungen über die im abgelaufenen Kalendervierteljahr erzielten Umsätze einschließlich des Eigenverbrauchs innerhalb eines Monats nach Ablauf dieses Vierteljahres zu entrichten, also für das erste Kalendervierteljahr 1923 bis spätestens 30. April 1923 usw. Die bisher den pauschalisierten Landwirten eingeräumte Vergünstigung, die vierteljährliche Voranmeldung zu unterlassen und lediglich jeweils ein Viertel der im Vorjahre angelegten Jahressteuer zu entrichten, ist zufolge Verfügung des Reichsministers der Finanzen heuer weggefallen. Es haben somit auch die pauschalisierten Landwirte die vierteljährlichen Voranmeldungen abzugeben. Der Landwirt, der keine Bücher führt, muß für die Voranmeldung die jeweils im letzten Vierteljahr vereinnahmten Entgelte einschließlich des Eigenverbrauchs angeben. Vgl. das im Benehmen mit den landwirtschaftlichen Spitzenverbänden aufgestellte Merkblatt über die Umsatzsteuerpflicht der Landwirte, 2. Auflage Z. F. 2. Abf. 3. 4. Uebersteigt die am Jahreschluß vorgenommene Veranlagung den Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr als 20 v. H., so erhöht sich die Steuer um 10 v. H. dieses übersteigenden Betrags. Will der Landwirt also sich nicht der Gefahr dieses Zuschlags aussetzen, so wird er bestrebt sein müssen, seinen Vierteljahrsumsatz einschließlich des Eigenverbrauchs — d. h. des Wertes der im Haushalt verbrauchten Erzeugnisse des eigenen Betriebs — möglichst vollständig und der Wirklichkeit entsprechend in der Voranmeldung anzugeben.

Schülermonatskarten für Lehrlinge.

Die Vergünstigung, wonach Handwerkslehrlinge, Gärtner und landwirtschaftliche Lehrlinge unter 18 Jahren Schülermonatskarten erhalten, wird vom 1. Mai ds. Js. an auf alle Personen unter 18 Jahren (Lehrlinge) aus-

gedehnt, die auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages in Berufsausbildung stehen. Die Karten werden zur Fahrt zwischen Wohn- und Arbeitsort auf Grund eines Antrags nach vorgeschriebenem Muster (Vordrucke zu 8 M bei den Fahrkartenausgaben) ausgegeben.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Ueber dem Kontinent liegt jetzt eine große Depression, die langsam nach Osten abzieht. In Süddeutschland steigt der Luftdruck wieder an, aber bei nördlichen Winden ist am Donnerstag und Freitag noch meist bedecktes, rauhes, zeitweilig auch regnerisches Wetter zu erwarten.

* Siebenzell, 25. April. Wie wir erfahren, ist Stadtpfarrer Sandberger auf die erste Stadtpfarrstelle in Rehingen O. U. Urach versetzt worden.

(S. C. B.) Neuenbürg, 24. April. Am Sonntag vormittag fand von Pforzheim aus ein Autorennen, sog. Fuchsjagd, nach dem Schwarzwald statt, an dem sich etwa 10 Wagen und 20 Motorräder beteiligten. Dabei ereignete sich ein Unfall, indem an einer Kurve b. Conweiler auf schlüpfrigem Weg ein Wagen ins Schleudern kam und eine Tanne umfuhr. Der Wagen wurde zertrümmert. Die zwei Insassen nahmen keinen erheblichen Schaden.

(S. C. B.) Schwann O. U. Neuenbürg, 24. April. In der Nacht vom Sonntag auf Montag brach in der Scheuer des Händlers Ludwig Faack Feuer aus, das auch das Wohngebäude ergriff. Der Feuerwehrgelände gelang es, das ebenfalls vom Feuer ergriffene Wohnhaus des Gottfried Schofer zu retten, während die Scheuer von Faack bis auf die Grundmauern, das Wohnhaus bis zum ersten Stock niederbrannte. Hauseinrichtung und Vieh konnten gerettet werden. Dennoch ist der Schaden sehr groß, da der Abgebrannte nur ungenügend versichert ist. Brandstiftung wird vermutet.

(S. C. B.) Vom Remstal, 24. April. Die Ernteausichten dürfen, was die Getreideernte anlangt, als recht zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Winterfrucht steht im allgemeinen schön und auch die Frühjahrssaaten sind gut aufgegangen. Mit dem Kartoffelsteden ist man nächstens fertig. Das feuchtwarme Wetter kam den Frühgemüsen sehr zu statten. Wiesen und niedrig liegende Aecker leiden teilweise noch unter zu großer Nässe. Im allgemeinen ist der Graswuchs befriedigend. Die Obstblüte ist verheißungsvoll. Nur die frühen Kirchen haben unter Nachfrösten gelitten. Bezüglich der zukünftigen Weinernte kann wenig gesagt werden. Die Sölzer sind nicht in dem Maße ausgereift wie in den Vorjahren. Die zu große Nässe hat den Reben nicht gut getan. Zimmerhin ist zum Sorgen noch kein erster Anlaß vorhanden.

(S. C. B.) Wurgach, 24. April. In der Nacht auf Sonntag wurden in der Frühe vom Dach des Hospitals von den vier Bligableiter-Aussparungen die mittleren zwei abgeschraubt und mitgenommen, während die zwei äußeren von den Dieben anscheinend nicht loszubringen waren. Beim Wiederabstieg der Gauner vom Dache lösten sich einige Dachplatten und fielen zu Boden. Durch das Geräusch war eine der Spitalschwester erwacht, begab sich ans Fenster und sah die Diebe noch davonziehen. Sie schilderte sie dem Landjäger so deutlich, daß es noch im Laufe des Sonntags gelang, sie zu ermitteln. Die Platinspigen sind wieder beigebracht.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt gestern 30 576 Mark, der Schweizer Franken 5473 Mark.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S. C. B.) Stuttgart, 23. April. An der heutigen Börse herrschte bei im allgemeinen fester Grundtendenz Zurückhaltung vor. Die Kurse bröckelten etwas ab. Banken niedriger: Hypothekbank — 200 Pr. (3300), Notend. — 2000 (18 000), Vereinsb. — 300 Pr. (6500). Brauereien uneinheitlich: Eßlingen + 300 Pr. (6800), Kettenmeyer-Tivoli + 2000 Pr. (16 000), Wulle — 1500 Pr. (21000). Textilwerte gleichfalls uneinheit-

lich: Kolb u. Schüle — 500 Pr. (23 500), Kottorn + 2000 Pr. (30 000), Kuchen — 1500 Pr. (22 000), Eßlingen — 1500 Pr. (40 000), Leinenindustrie Blaubeuren + 3000 Pr. (48 000). Maschinen- und Metallwerte vorwiegend abgeschwächt: Daimler — 200 Pr. (11 900), Feinmeh. Tuttl. — 2000 Pr. (63 000), Jung-hans + 1100 Pr. (22 100), Laupf. Werkzeug — 3000 Pr. (33000), Eßlingen — 400 Pr. (18 000), Maschinen Sesser + 3000 Pr. (45 000), Weingarten + 2000 Pr. (24 000), Neckarsulm — 200 Pr. (17 900), Württ. Metallw. + 4200 Pr. (40 200). Von den sonstigen Werten verloren Dtsche. Verlag 1000 (22 500), Leibbrand 100 (8850), Krumm 400 (9100), Südb. Holz München 1000 (29000) Punkte. Dagegen gewonnen Köln-Rottweil 1500 (39 500), Kraftwerk Württemberg 2000 (23 000), Salz Heilbronn 1000 (91 000) Punkte. Im Fremdeverkehr waren die Kurse bei weniger lebhaftem Geschäft leicht abgeschwächt.

Mehlpreis.

Die Südb. Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 unverändert auf 210 000 M pro Doppelzentner ab Mühle festgesetzt.

Cannstatter Pferdemarkt.

(S. C. B.) Cannstatt, 24. April. Die Pferdepreise sind seit dem Ludwigsburger Markt wieder wesentlich in die Höhe gegangen und die Pferdehändler begründeten damit ihre hohen Forderungen für ein schönes, kräftiges Paar Pferde, daß die Preise bei den nächsten Märkten unbedingt weiter in die Höhe gehen würden. Die Bauern schreckten zuerst vor dem hohen Preis etwas zurück, namentlich dann, wenn sie ein Pferd nur für ihre Ackerbauwirtschaft brauchen und keine Aussicht haben, durch Uebernahme von Fuhrern einen Teil des Kaufgeldes wieder hereinzubringen. Der Auftrieb war, lt. Cannstatter Zeitung, ziemlich stark, doch gab es eine Reihe von Bogen, die unbesetzt blieben. Nach dem, was man aus Händlerkreisen vernahm, setzte der Handel schon bei der Einstellung der Pferde am Sonntag lebhaft ein. Mancher Kauf wurde schon vor dem Markte abgeschlossen. Für einen kräftigen, stattlichen Belgier Hengst wurde die Summe von 16 Millionen Mark als Kaufpreis genannt, so viel als für ein Paar weniger kräftig gebaute jüngerer Pferde. Ein Paar schwere dreijährige Pferde wurden um 19 Millionen abgesetzt. 7 1/2 und 8 1/2 Millionen und — für besonders kräftig gebaute Pferde 9 Millionen — war durchschnittlich der Preis für ein gutes zugkräftiges Tier. Auch für leichtere Arbeitspferde und die aus bäuerlichen Kreisen herbeigeführten Pferde wurden beträchtliche Summen genannt. Selbst die besonders zahlreich vertretenen Zigeuner verlangten für ihre Klepper unter erheblicher Jungenfertigkeit erhebliche Summen. Ein Pferd, das in Ludwigsburg um 6 Millionen erhandelt worden war, wechselte um 8 Millionen seinen Besitzer. — Auf dem Hundemarkt gingen die Forderungen in die Hunderttausende und man hörte für besonders schöne Tiere Summen von 1/2 Million und noch weit darüber. Die Hof- und Waghunde überwogen. Für jüngere Hunde mußten 35—40 000 M angelegt werden. Für eine trachtige Wolfshündin wurden 200 000 Mark als Kaufpreis gefordert.

Märkte.

Dem Schweinemarkt in Heilbronn wurden 187 Milch- und 18 Läufer Schweine zugeführt. Erstere kosteten 150 000—220 000, letztere 250—320 000 M, je das Stück. — In Ravensburg wurden für Ferkel 130—180 000, für Läufer 200—300 000 M bezahlt. — Dem letzten Schweinemarkt in Rottweil waren im ganzen 101 Stk. Milch- und 1 Läufer Schwein zugeführt. Der Handel war so lebhaft, daß die ganze Zufuhr verkauft wurde. Bezahlt wurden von 280—360 000 M pro Paar. Käufer wurde nicht verkauft. — In Ulm wurden 134 Milchschweine zum Stückpreis von 150—200 000 M, 5 Läufer zum Stückpreis von 250—300 000 M verkauft.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. D. Schmitt.

Für die Scherfstellung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der H. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

51)

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

Prinzessin Helene hatte ihn fortfahren sehen — dort hinaus, wo das Eulenhäus lag. Gottlob, jetzt war er dabei!

Klaudine hatte ihre Reise aufgegeben. Als sie der Herzogin von ihrer Absicht sprach, war diese in leidenschaftliches Schluchzen ausgedrohen: „Ich kann Sie nicht halten, Klaudine, gehen Sie!“ Und da hatte sie, erschreckt und gerührt zugleich, versprochen zu bleiben. Nun kam der Hofwagen, der sie nach Altenstein holte, täglich früher. Die Neigung der fürstlichen Frau zu dem stillen schönen Mädchen wuchs eben täglich, und sie war jetzt ruhig, ganz ruhig; sie fuhr in der Herzogin Wagen spazieren und sah in dem Boudoir derselben, vorlesend oder plaudernd. Zuweilen freilich trat der Herzog unangemeldet und rasch ein, von einem Freudenruf der fürstlichen Frau begrüßt, aber Klaudine fürchtete seine Begegnung nicht mehr. Keiner jener heißen Blicke war ihr mehr gefolgt; keine Silbe hatte er zu flüstern versucht; sie wußte, er hielt sein fürstliches Wort. Sie kannte ihn genau durch seine Mutter; wie manchen tollen Streich hatte die alte Herzogin gelegentlich von ihm erzählt, von den Sorgen, die er ihr bereitet, von den Gebeten, die sie im heißen Flehen um diesen Sohn gesprochen vor dem Bettschemel ihres Schlafzimmers unter dem Muttergottesbilde, über welchem die silberne kleine Lampe hing, daß er nicht untergehen möge in dem wilden Treiben seiner Jugend! „Und“, hatte die alte Dame dann hinzugefügt, „es war doch nur übersäumende Jugendlust;

sein Herz blieb edel; er war zu lenken, wenn man das richtige Wort fand.“ Und Klaudine meinte, sie habe das richtige Wort gefunden. Sie gehörte zu den edlen Naturen, die nicht ruhen, bis sie das Gute in einer Menschenseele entdeckt haben; die suchen und suchen und, wenn sie das Gold gefunden, keine Grenzen kennen im Verzeihen.

Sie verliebte dem Herzog stillschweigend die Beleidigung, die er ihr zugefügt, als sie sah, wie ritterlich er seine Leidenschaft bekämpfte, wie er sich bemühte, gegen seine Gemahlin geduldiger zu sein, als vordem; wie er in ihr die Freundin dieser Gemahlin ehrte. Sie sei bereit als solche gegen Lieb und Haß — das war ihr Glaube geworden. An die Herzoginmutter schrieb Klaudine; es waren dankbare, gerührte Worte, mit denen das schöne Mädchen ihr Glück pries, die bevorzugte Gefährtin der Herzogin sich nennen zu dürfen. „O, wenn Eure Hoheit wüßten“, hieß es darin, „wie glücklich ich bin in der Liebe und dem Vertrauen des edelsten Herzens; ich sinne nur darauf, wie ich vergelten kann, daß ich die Freundin dieser lebenswürdigen Fürstin geworden. Selbst das, was Eure Hoheit zuweilen tadelten, ist beim näheren Kennenlernen kein Fehler mehr; Ihre Hoheit trägt nicht nur äußerlich die Liebe für ihren hohen Gemahl zur Schau, Ihrer Hoheit ganzes Sein und Wesen ist so in diese Liebe getaucht, daß Hoheit sich verstellen müßten, wollten Sie dieselbe verbergen.“

Klaudine schien lebhafter als seit langer Zeit. Sie konnte mit Ungebuld den Wagen erwarten, der sie nach Altenstein holte. In der durchgeistigten Atmosphäre, die um die kranke Fürstin wehte, fühlte sie ihr eigenes Leid kleiner werden.

So waren acht stille schöne Tage vergangen. Die Neuhäuser hatten diesen Frieden nicht geföhrt, wie die Herzogin anfänglich fürchtete. Prinzessin Helene war einmal wie ein Wirbelwind in den Zimmern der Herzogin erschienen, hatte aber deutlich zu erkennen gegeben, daß sie die größtmögliche Eile habe, zu dem süßen Baby ihrer verstorbenen Schwester zurückzukehren. Die alte Prinzessin lag derweilen in Neuhaus mit verletztem Fuß auf einem Ruhebett. Klaudine sah Beate nur einmal flüchtig, als diese in aller Morgenfrühe nach dem Eulenhäus gewandert war, um sich nach einigen kleinen Prinzessinangewohnheiten zu erkundigen und eine Menge köstlicher Kuchenstücke und sonstiger Süßigkeiten abzuladen. Sie sprach sich anerkennend aus über die neue Einrichtung im Eulenhäus, den Besuch des Fräulein Lindenmeyer betreffend; im übrigen war sie still und gedrückt und hatte auf Klaudine's Frage ungeduldig die Schultern etwas gehoben und gesagt, sie wünsche weiter nichts, als vier Wochen älter zu sein. Es sei fürchterlicher, als sie sich gedacht; kein Winkeltchen sei im ganzen Hause, wo man seines Lebens sicher wäre vor der Prinzessin, diesem Irwisch, und Lothar erwiderte ihre Klagen mit Achselzucken.

Klaudine hatte das Haupt gesenkt, als käme jetzt ein Blitzstrahl, der die letzte Hoffnung vernichten müßte; aber Beate war still geworden und hatte dann von etwas anderem gesprochen, nämlich, wie diese Berg doch täglich unangenehmer werde; sie habe entschieden einen sehr großen Einfluß auf die alte Prinzessin. „Mir kann es aber gleich sein“, hatte sie noch hinzugefügt.

(Fortsetzung folgt.)

Amtsgericht Calw.

Handelsregistereintrag vom 24. April 1923.
Heukers & Co. mit beschränkter Haftung, Sitz in Liebenzell. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gesellschaftsvertrag vom 18. April 1923. Gegenstand des Unternehmens ist die Erwerbung, Verwaltung und Verwertung des Grundstücks: Gebäude Nr. 80 und 81 auf dem Platz, Markung Liebenzell. Stammkapital 1 000 000 Mk. Werden mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigt. Geschäftsführer: Gerhard Heukers, Kaufmann in Stuttgart, Bebenhäuserstraße 2.
Nicht eingetragen: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Verkauf von Büchsenfleisch

im Aufschnitt am Freitag, den 27. April, nachmittags von 2-4 Uhr. Preis Mk. 3200.— für das Pfund.
Calw, den 25. April 1923.

Stadtpflege Calw.

Empfehle
sämtliche bezugscheinfreie
und bewirtschaftete Sorten
**Rohlen, Koks
und Briketts**

in Waggonladungen sowohl
wie in kleineren Partien ab Bahnhof
oder ab meinem Lager Calw.

Bestellungen sollen laut Verfügung
der Bezirkskohlenstelle
bis spätestens 26. April
erfolgt sein.

W. Dingler, Bahnhofstr. 397
Fernsprecher 69.

Bruchleidende

das Original „Spranzband“ D.N.P. Nr. 302291 ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkelriemen, hält den schwersten Bruch ohne lästigen Druck bequem und sicher von unten nach oben zurück. Tag und Nacht tragbar. Volle Garantie, auch in solchen Fällen, wo alles andere veragte. Ueberzeugende Anerkennungen. Kostenlose Vorführung, aber nur an Bruchleidende selbst.

am Freitag, 27. April von 11-2 Uhr
in Calw, Hotel zum „Adler“.
Dsc. Blum aus Stuttgart.

Wir kaufen
gegen sofortige Kasse
tannen, fichten
und forchen
Schnittwaren
und Rundholz
in allen Abmessungen
und erbitten Angebot unter
M. B. 95 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Zu verkaufen:
1 Divan
und eine 3 teilige
Matratze
eventuell
Tausch gegen Brennholz
Friedrich Hennefarth,
Lapezier u. Polstergesch.,
Schulgasse 5 beim Rathaus.

Rauch-
hasten,
Vormaisch-
bottiche,
Leimöfen,
fertigen als
Spezialität
Gebr.
Douglas, Deckenpfronn.

Einige sehr gute
**Herren-
Anzugstoffe**
verkauft sehr preiswert
Hermann Kunz,
Schneiderei, Bischoffstraße.
Althengstett.
Verkaufe eine gute
Witch-Ziege
mit 2 Jungen.
Karl Reim.

Gelegenheitskauf für Pfeifenraucher!

Reiner Rauchtabak Mittelschnitt

pro Paket nur 600 Mk.

Wiederverkäufer 15 Prozent Rabatt.

Da alter Lagerbestand, sind wir in der Lage
weit unter heutigem Einkaufspreis zu verkaufen.

**Ott & Rack, Tabakwaren, Calw, Fernsprecher
Nr. 133.**

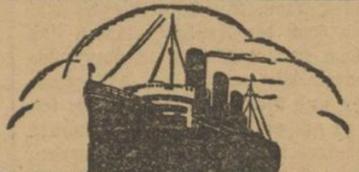
Schuhwaren-Ausverkauf

Infolge Umstellung meines Betriebs auf Fabrikation
verkaufe solange Vorrat:

Herrens-, Damen-, Knaben-, Mädchen-
und Kinderstiefel, schwarz und farbig,
in jeder Größe und Ausführung, sowie
Spangens- und Halbschuhe, Sandalen,
Segeltuch-, weiße Leinen-Hauschuhe etc.
alles in größter Auswahl bei billigsten Preisen.

**Schuhgeschäft Gottl. Bürkle,
Bad Liebenzell.**

Sonntags ist mein Geschäft geschlossen.



H A P A G

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNION AMERICAN LINES INC
Nach
**NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA**
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und
ausländische Häfen. — Hervorragende
III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal.
Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter
in CALW: Paul Olpp, Marktplatz.



Private

Drucksachen aller Art,
wie: Verlobungs- und
Vermählungsanzeigen,
Geburtsanzeigen, Tisch-
karten, Speisefolgen,
Einladungen, Besuchs-
karten, Danklagungen

liefern wir rasch.

**A. Delschläger'sche
Buchdruckerei Calw**

**Gewerbeverein und
Kleinhandelsbund
Calw.**

Donnerstag, den 26. April,
abends 7/8 Uhr Erörterungs-
abend für Mitglieder im
Weißchen Saale.
Thema: Steuerfragen.
Steuererklärungsformulare
und Bleistift mitbringen.

**Goldene
Armbanduhr
verloren.**

Dem Finder gute Belohnung.
Näheres auf der Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Am Sonntag ist mir auf
dem Weg nach Schömberg
mein rotbrauner

**Dachshund
entlaufen.**

Um nähere Angaben über
dessen Verbleib bittet
Hauptlehrer Glück,
Oberkollbach.

Wegen Ladenveränderung
verkaufe ich preiswert:

- 1 Divan
 - 2 Chaiselongues
 - 2 Bettröste
- 90/190
Abolf Junginger,
Lapeziergeschäft,
Obere Marktstr. 31.

Sirka 1 Str.

Apfel
sucht zu kaufen
Konditorei und Kaffee
Erhardt, Bad Liebenzell.

Einen großen
Schließkorb
und ein
Schüsselbrett
hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Herrenfahrrad



wie neu, wegen Entbehrlichkeit
zu verkaufen
Bahnhofstraße 543.

Sofort
möbl. Zimmer
von einem Herrn
zu mieten gesucht.
Angebote unter N. N. 95
an die Geschäftsstelle ds. Bl.
erbeten.

**Zimmer
mit Küche**
zu vermieten
Bischoffstr. 466, 1. Stock.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Mädchens
zeigen in dankbarer Freude an
O. E. Kistowski und Frau Liesel
geb. Schilling.

**Kriegerverein
Nischalben-Oberweiler.**
Unser Verein begeht
am Sonntag, den 29. April,
das
Fest der Fahnenweihe.
1 1/2 Uhr Festzug. Von 8 Uhr ab
Unterhaltungs-Abend mit Musik.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein
der Vorstand.

Gewisse hiesige Einwohner haben in
letzter Zeit wiederholt ihnen von
Schülern meiner Anstalt angebotene
Kleidungsstücke und Schuhe gekauft.
Diese Gegenstände sind aber, wie jeder-
mann wissen muß, nicht Eigentum der
Schüler, sondern ihrer Eltern; wer sie
kauft, macht sich der Hehlerei schuldig.
Ich werde in Zukunft die betr. Käufer
unnachlässig zur Anzeige bringen.
Gewinnstüchtige seien hiermit gewarnt.
Neue Höhere Handelsschule
Sügel.

Am Markttag in Nagold
am Donnerstag, den 26. April 1923,
stellen wir
**in unserer Filiale in Nagold
Marktstraße 227**

Pflüge, Hack- u. Häufelpflüge, Acker-,
Saat- u. Wieseneggen, Mähmaschinen,
Heurechen, Henwender, Sämaschinen,
Hackmaschinen, Schrot- u. Mahlmühlen,
Futterschneidmaschinen Kartoffelwasch-
maschinen, Rübenschneider, Kreisjägen,
Saugpumpen, sämtl. Transmissions-
teile, Zentriugen und Butter-Fässer,
Waschmaschinen und Waschkessel usw.
aus. Gleichzeitig machen wir die Herren Landwirte
darauf aufmerksam, daß wir an diesem Tage

unsere Mühle mit vollständiger Bugerei
und Gerberei mit wogerecht laufenden
60-cm-Steinen im Betrieb vorführen.

**Rirn & Hanselmann, Land-
maschinenhaus Schwarzwald
Freudenstadt**
Filiale Nagold Marktstr. 227
Fernsprecher 119.

2-3 Zimmer, unmöbliert,
welche sich als Büroräume eignen, im
Parterre oder 1. Stock gelegen,
bei zeitgemäßer Entschädigung

sofort gesucht.
Chr. Kurz, Technisches Büro, Calw.
Fernsprecher 57.